

Die Situation der russischsprachigen Minderheit in Estland

Alina Gumpert

Praktikantin bei der FES-Estland August-Oktober 2005

1934 betrug der Anteil russischsprachiger Einwohner an der Bevölkerung in Estland 8%. Durch die verstärkte Ansiedlung von Arbeitskräften aus anderen Gebieten der Sowjetunion, vor allem für verschiedene Industriezweige, stieg der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung bis 1989 auf 35%. Im industriegeprägten Nordosten des Landes bildete sie die Mehrheit der Bevölkerung und in der Hauptstadt Tallinn betrug ihr Anteil fast 50%.¹

Als die Republik Estland 1991 ihre Unabhängigkeit erklärte, erhielten nur zwei Drittel der Bevölkerung Estlands die estnische Staatsbürgerschaft, denn diese wurde nach dem Staatsbürgerschaftsgesetz (1992) nur denjenigen Personen erteilt, die selbst oder deren Vorfahren vor dem Beginn der sowjetischen Okkupation 1940 in Estland wohnhaft waren und die Staatsbürgerschaft der Ersten Republik (1918-1940) besessen hatten.

Fast 80.000 russischsprachige Personen, ca. 5% der gesamten Bevölkerung, verließen im Zeitraum von 1990 bis 1998 das Land.² Aufgrund der restriktiven Gesetzgebung konnten die verbliebenen „Nicht-Esten“ erst 1993 die estnische Staatsbürgerschaft im Rahmen der so genannten „Naturalisierung“ beantragen, die im Wesentlichen auf das Beherrschen der estnischen Sprache ausgerichtet war. So war bei den ersten Parlamentswahlen 1992 und beim Referendum über die Verfassung ein Drittel der Bevölkerung des Landes vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen.

Die Gruppe der russischsprachigen Minderheit

Im offiziellen (estnischen) Diskurs werden alle nicht-„ethnischen“ Esten als „Nicht-Esten“ bezeichnet, unabhängig davon, ob sie die estnische Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht. Die Bezeichnung orientiert sich anders als die gesetzlichen Regelungen ausschließlich an der Sprache und der „ethnischen“ Zugehörigkeit und weniger an der Staatsbürgerschaft. Tatsächlich ist die Gruppe der Russischsprachigen jedoch sehr heterogen.

Ein Teil besitzt die estnische Staatsbürgerschaft, dazu gehören einerseits diejenigen, die selbst oder deren Vorfahren während der Ersten Republik im Land wohnhaft waren, und andererseits nach 1993 Eingebürgerte, zumeist jüngere Menschen. Einige „ethnische“ Russen (6,6% der gesamten Bevölkerung in 2005) haben ihre sowjetische Staatsbürgerschaft durch die russische Staatsbürgerschaft ersetzt, eine Option, die allen Russen nach der Unabhängigkeit in Estland offen stand.

Die größte Gruppe, 2005 noch fast 10% der Bevölkerung, sind die so genannten Staatenlosen, die von staatlichen Organen und Behörden als „Personen mit nicht festgestellter Staatsbürgerschaft“ bezeichnet werden. Sie sind Zugewanderte der ersten und zweiten Generation, die seit der Sowjetzeit ihren Wohnsitz in Estland haben. In den meisten Fällen verfügen sie nicht über ausreichende Estnischkenntnisse, um den für die estnische Staatsbürgerschaft erforderlichen Sprachtest zu bestehen oder sie haben enge persönliche und berufliche Beziehungen zu Russland, so dass sie keinen Vorteil im Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft sehen.

Des Weiteren gibt es illegale Einwohner, die mehrheitlich vor 1990 in Estland wohnhaft waren, keine estnische Staatsbürgerschaft besitzen und nicht behördlich gemeldet sind. Nach offiziellen Angaben aus dem Jahr 2002 umfasst diese Gruppe 5.000 bis 10.000 Personen, ihre Zahl wird jedoch auf 30.000 bis 80.000 geschätzt.

Zu den Russischsprachigen zählen auch Angehörige der ukrainischen und belarussischen Minderheit. Da ihre Muttersprache größtenteils russisch ist und sie mit 1 - 2 % der Bevölkerung eine kleine Gruppe darstellen, werden sie im öffentlichen Diskurs den „ethnischen“ Russen zugerechnet. Ihre sozioökonomische Lage entspricht weitgehend der der Russen, da sie ebenfalls fast ausschließlich seit der Sowjetzeit im Land wohnhaft sind.

¹ Die Zahlen orientieren sich an Volkszählungen, Quelle: Mikko Lagerspetz: Active civic Participation of Immigrants in Estonia, 2005, www.uni-oldenburg.de/politis-europe

² Dazu gehörten auch Angehörige des sowjetischen Militärs, das bis 1994 auf dem Gebiet Estlands stationiert war.

Der Begriff russischsprachige Minderheit trägt diesem Umstand Rechnung und bezieht alle Bewohner Estlands ein, deren Muttersprache russisch ist. Dagegen zählen zur russischen nationalen Minderheit nur Russischsprachige mit estnischer Staatsbürgerschaft – da diese nicht alle „ethnischen“ Russen, bzw. Angehörigen der russischsprachigen Minderheit besitzen, werden sie damit nicht erfasst.

Statistiken zur russischsprachigen Minderheit orientieren sich entweder an der Staatsbürgerschaft oder an der Selbstzuschreibung der Personen. Der *Housing and Population Census 2000* verortet 68% der Bevölkerung als „ethnische“ Esten und 26% als „ethnische“ Russen. Jedoch besaßen im Oktober 2005 82,9% der Bevölkerung die estnische Staatsbürgerschaft.

Aspekte der Integration

Die gestiegene Zahl estnischer russischsprachiger Staatsbürger ist das Resultat einer hauptsächlich auf die Förderung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft gerichteten Integrationspolitik. Dies spiegelt sich im politischen Diskurs und in der Gesetzgebung wider. Ein Beispiel ist hier die Neuregelung des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1999, das die Einbürgerung von nach 1992 geborenen Kindern staatenloser Eltern erleichtert.³

Im Bereich der Integration sind verschiedene staatliche Einrichtungen und Behörden tätig. Als wichtigste ist hier das seit 1997 existierende Amt des Bevölkerungsministers zu nennen, der den Status eines Ministers ohne Geschäftsbereich hat. Sein Büro war maßgeblich an der Erarbeitung des staatlichen Integrationsprogramms 2000-2007 beteiligt. Dieses Programm konzentriert sich auf die Sprachqualifizierung und den Bildungsbereich. Drei Viertel des Budgets werden für die Unterstützung von Schulen und Sprachkursen im Rahmen des Erwerbs der estnischen Staatsbürgerschaft verwendet. Obwohl das Programm auf die gesamte russischsprachige Bevölkerung ausgerichtet ist, betrifft ein Großteil der Einbürgerungen Kinder und Jugendliche, ein Schulabschluss an einer estnischen Schule ersetzt zum Beispiel den staatlichen Sprachtest. Die Zahl der Staatenlosen bei Erwachsenen ist dagegen kaum gesunken. Nach Umfragen schätzt ein Großteil von ihnen seine Sprachkenntnisse nicht als ausreichend ein, um den erforderlichen Sprachtest zu bestehen.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt an dem Programm ist zudem das Fehlen von umfassenden Ansätzen zur Verbesserung der sozioökonomischen Lage und der politischen Integration der Minderheitsangehörigen. Gerade diese sind bei Staatenlosen und anderen Staatsangehörigen prekär.

Aspekte der Ausgrenzung

Das Gesetz zur Arbeitsvermittlung (2000) verbietet die Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt unter anderem aufgrund von Nationalität, Abstammung, sozialer Herkunft und sozialem Status. Nach diesem Gesetz ist der Großteil der Staatenlosen den estnischen Staatsbürgern gegenüber gleichberechtigt, denn ihre dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung gewährleistet den unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt.⁴

Tatsächlich orientieren sich Zugang zum Arbeitsmarkt und sozioökonomische Lage jedoch vor allem an den Kenntnissen der estnischen Sprache. So setzt das Sprachgesetz (1995) bestimmte Sprachniveaus für den öffentlichen Dienst fest. Darüber hinaus schreibt die Verfassung fest, dass in staatlichen und kommunalen Behörden und Einrichtungen nur estnische Staatsbürger beschäftigt sein dürfen (Ausnahmen sind in Einzelfällen gesetzlich geregelt).

Dementsprechend sind die Arbeitsmarktchancen für estnische Staatsbürger im Allgemeinen am höchsten, unter ihnen haben „ethnische“ Esten es leichter als Eingebürgerte Russischsprachige, da sie oft über bessere Sprachkenntnisse verfügen. Allgemein ist die Ausgangssituation für Staatenlose und russischsprachige andere Staatsangehörige am ungünstigsten.

Der Arbeitsmarkt spiegelt diese Abstufungen wider. Er ist entlang ethnischer Linien aufgeteilt, die ihren strukturellen Ursprung in der Sowjetzeit haben, deren hierarchische Struktur sich jedoch nach

³ Eltern, die selbst den Status von Staatenlosen besitzen, können für ihr Kind bis zum 15. Lebensjahr die estnische Staatsbürgerschaft beantragen.

⁴ Alle Personen, die bereits 1990 ihren Wohnsitz in Estland hatten und gemeldet sind, erhalten eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung. Sind Personen später eingereist, erhalten sie eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, die bis 1995 automatisch in eine unbefristete überging. Das derzeitige Ausländergesetz gewährleistet nach 1995 Zugewanderten keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung.

1990 weiter verstärkt hat und die sich am deutlichsten in starken Lohnunterschieden zeigen. In den Bereichen Landwirtschaft, Handel, Bildung und Verwaltung ist der Anteil der russischsprachigen Minderheit im Vergleich zu ihrem Anteil an der Bevölkerung sehr niedrig, während er in den Bereichen Industrie und Transportwesen, bei unqualifizierten Arbeitskräften und Arbeitslosen überproportional hoch ist.

Die Verfassung der Republik Estland gewährleistet allen Einwohnern des Landes das Recht zur freien Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit sowie die Gründung und Mitgliedschaft in einer Nichtregierungsorganisation. Ein großer Teil der russischsprachigen Minderheit, Staatenlose und andere Staatsbürger, verfügt allerdings nur über eingeschränkte politische Rechte. Von Parlamentswahlen und nationalen Referenden sind sie ausgeschlossen. An Kommunalwahlen dürfen sie dann teilnehmen, wenn sie seit mindestens 5 Jahren in der jeweiligen Gemeinde ihren Wohnsitz haben; Kandidatur und Mitgliedschaft in einer politischen Partei sind nicht möglich.

Trotz dieser Einschränkungen gibt es derzeit vier „russische“ Parteien, deren Mitglieder, Kandidaten und Wähler russischsprachig sind. Auf nationaler Ebene spielen sie aber eine marginale Rolle. Dennoch konnte die russischsprachige Minderheit bei den diesjährigen Kommunalwahlen im Oktober ihr politisches Gewicht deutlich machen, als sie zu einem großen Teil für die estnische Zentrumspartei stimmte, durch die sie sich in ihren sozialen und ökonomischen Interessen vertreten sieht.⁵ In der Hauptstadt und im Nordosten des Landes, in denen der Anteil Staatenloser und anderer Staatsbürger besonders hoch ist, erhielt die Partei mehr als 50% der gesamten Wählerstimmen.

Dieses Beispiel zeigt, dass die russischsprachige Minderheit sich in der Gesellschaft wahlpolitisch nicht spaltet, denn den russischsprachigen Parteien ist es bisher nicht gelungen, die Minderheit in großem Umfang zu mobilisieren. Stattdessen ist die Zahl russischsprachiger Politiker in den großen estnischen Parteien in den letzten Jahren leicht gestiegen.

Trotz dieser Tendenzen in Richtung einer Integration ist die russischsprachige Minderheit weiterhin politisch unterrepräsentiert. Es existiert keine Minderheiten stärkende Quotenregelung und russischsprachige Parteien müssen bei Parlamentswahlen ebenso wie die anderen Parteien mindestens 5% der Wählerstimmen erhalten, um ins Parlament einzuziehen. Als Folge dieser restriktiven Regelung ist seit den Parlamentswahlen 2003 keine russischsprachige Partei im Parlament vertreten.

Zusammenfassung

In der Gesellschaft Estlands findet eine Ausgrenzung der russischsprachigen Minderheit auf verschiedenen Ebenen statt, im Bereich der politischen Rechte ist diese am stärksten. Ein Zehntel der Gesamtbevölkerung ist von wichtigen politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen und für politische Ämter nicht zugelassen. Dieser Teil ist von einer doppelten Ausgrenzung betroffen, da er einerseits nur über eingeschränkte politische Rechte verfügt und andererseits nicht zur Gruppe der nationalen russischen Minderheit zählt, der nur russisch-estnische Staatsbürger angehören.

Verschiedene Maßnahmen wie das Integrationsprogramm und das Gesetz über die kulturelle Autonomie nationaler Minderheiten sind auf die Integration der russischsprachigen Bevölkerung ausgerichtet. Das Gesetz über die kulturelle Autonomie nationaler Minderheiten erkennt die Bewahrung der kulturellen Identität von Minderheiten an; es ist aber noch nicht in dem Maße umgesetzt, dass die russische nationale Minderheit kollektive Minderheitenrechte artikulieren kann. So wurden bisher keine Organe zur kulturellen Selbstverwaltung eingerichtet. Außerdem sind soziale und politische kollektive Rechte gänzlich davon ausgeschlossen. Das Integrationsprogramm konzentriert sich auf die Verbreitung und Stärkung der estnischen Sprache, vor allem, um den Erwerb der estnischen Staatsbürgerschaft bei Staatenlosen zu fördern. Von Kritikern wird ihm deshalb eine assimilatorische Tendenz zugeschrieben, die keine Ansätze zur Verbesserung der sozioökonomischen Situation und Ausweitung der politischen Partizipation umfasst.

⁵ Die Zentrumspartei verfügt über viele russischsprachige Mitglieder. Im Mai 2004 traf ihr Parteivorsitzender Edgar Savisaar bei einem Besuch in Moskau mit der von Präsident Wladimir Putin geführten Partei „Einheit Russlands“ eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit beider Parteien. Diese für estnische Parteien ungewöhnlich „russlandfreundliche“ Politik ist ein Grund dafür, dass viele Angehörige der russischsprachigen Minderheit die Zentrumspartei unterstützen.